

ALEXANDER GLASNER-HUMMEL
MONIKA MORRES
KEREM SCHAMBERGER

Geflohen Verboten Ausgeschlossen

Wie die kurdische Diaspora
in Deutschland
mundtot gemacht wird

WESTEND

W E S T E N D

Alexander Glasner-Hummel
Monika Morres
Kerem Schamberger

GEFLOHEN. VERBOTEN. AUSGESCHLOSSEN.

Wie die kurdische Diaspora
in Deutschland mundtot gemacht wird

W E S T E N D

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-416-9

1. Auflage 2023

© Westend Verlag GmbH, Neu-Isenburg 2023

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH und Co. KG, Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Öcalan ist überall! Ein Vorwort von Stephan Lessenich	13
1 Einleitung	16
Die PKK hat es nicht bis nach Hersbruck geschafft, das PKK-Verbot hingegen schon	16
Alltag und Absurdität der Repression	24
2 Kurd:innen in Deutschland: Geflohen vor Krieg und Verfolgung	31
Nach der Jahrtausendwende: Neue Fluchtgründe entstehen	38
3 Die kurdische Freiheitsbewegung und die PKK: Ein Produkt der Selbstverteidigung	42
Die Ursprünge der PKK	43
Vom bewaffneten Kampf zur vielgestaltigen Volksbewegung	48
PKK – eine Terrororganisation?	50
4 Schützenhilfe für die Türkei: Die Verfolgung der kurdischen Bewegung beginnt	54
Die Anfänge der kurdischen Freiheitsbewegung in Deutschland	55
Ein mysteriöser Mord in Schweden	57

Die PKK wird zum »Hauptfeind der inneren Sicherheit«	59
Ein Hamburger Kurde im größten Strafprozess der deutschen Geschichte	62
5 Ein Bewegungsverbot, das ein Vereinsverbot sein will:	
Die PKK wird in die Illegalität gedrängt	71
Juristische Hintergründe des PKK-Betätigungsverbots	73
Geopolitische Gründe des »PKK-Verbots«	77
Das »PKK-Verbot« als Startpunkt einer Eskalationsspirale	78
6 Politisches Strafrecht gegen Kader der PKK	83
Kriminalisierung nach allen Regeln des politischen Strafrechts	86
Sonderbedingungen auch in Haft	90
Ein Paragraf aus Zeiten des Kaiserreichs	94
Ein Wille zu verfolgen, ein Wille zu verurteilen	96
7 Gewandelte Bewegung. Fortgesetzte Repression	99
Der »Paradigmenwechsel« der kurdischen Freiheitsbewegung	102
Warum die Repression nicht endet	106
8 »Die Bücher, die sie beschlagnahmten, haben sie auf den Müll geworfen«	112
Jeglicher kultureller Ausdruck ist verdächtig	116
Kurdische Medien im Fadenkreuz	118
9 Asyl- und Ausländerrecht als Mittel der politischen Repression. Ein Gastbeitrag von Heike Geisweid	125
Ausweisung und Abschiebung	127

Einbürgerungsverweigerung und Entzug der Einbürgerung	130
Kein Flüchtlingsschutz für Kurd:innen	133
10 Die Repression fordert ihre Toten – auch in Deutschland	137
Die Toten der kurdischen Freiheitsbewegung in Deutschland	139
Bedroht durch Geheimdienste und Faschist:innen	142
Geflohen aus Kurdistan, erschossen von der deutschen Polizei	144
11 Kurze Chance auf Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots	148
Auf dem Weg zum Frieden in Kurdistan?	150
Das PKK-Verbot wackelt	152
Gewalt statt Dialog	154
12 Das Repressionskarussell dreht sich weiter	157
Endlose Ausweitung unter dem Deckmantel des PKK-Verbots	159
Ausreisesperren und Sorgerechtsentzug als »Terrorbekämpfung«	164
13 Verfolgt über Grenzen hinweg	168
Wenn der Geheimdienst über die Zukunft entscheidet	169
Eine Frage der Geopolitik	173
14 »Kurdisch sein bedeutet widerständig sein«	177
Das Recht als Waffe zur Selbstverteidigung	178
Vielfältiger Protest, vielfältiger Widerstand	181
Praktizierte Solidarität: Der Verein AZADÎ entsteht	185
Mit dem Recht in die Offensive	186

15 Ein deutsches Demokratiedefizit	189
Die PKK ist keine Terrororganisation	190
Die ökonomischen und demokratischen Schäden des PKK-Verbots	195
Die Chancen der Entkriminalisierung	198
 Der Kampf der Kurd:innen um die Existenz und ein freies Leben. Ein Nachwort von Duran Kalkan	 201
 Abkürzungsverzeichnis	 209
 Quellen	 212

*Im Gedenken an Azad Şerger (Thomas Johann Spies),
Melike Akbaş und all jene, die auf der Suche nach einer gerechteren Welt
und einem besseren Leben gestorben sind.*

Öcalan ist überall!

Ein Vorwort von Stephan Lessenich

Liebe Leser:innen,

seit einigen Wochen prangt, grün auf grau, das Konterfei Abdullah Öcalans auf der Fassade des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Über Nacht war es mittels einer Schablone direkt unter eines der Fenster des Direktorenbüros – Zufall oder nicht – gesprüht worden. Kaum entdeckt, herrschte in der Verwaltungsleitung des Hauses Verunsicherung: Machen wir uns damit eigentlich strafbar? Kann man der Institution die unfreiwillige Zurschaustellung der Gesichtszüge des lebenslang inhaftierten ehemaligen PKK-Vorsitzenden als strafbare politische Meinungsäußerung zuschreiben? Sollen wir das Graffiti verdecken, bis – jede:r weiß, wie schwer derzeit Handwerker:innen zu organisieren sind – es professionell entfernt worden ist? Müssen wir den Vorfall zur Anzeige bringen, damit man nicht am Ende noch uns selbst wegen Mithilfe zur öffentlichen Zurschaustellung verbotener politischer Symbole rechtlich belangt?

Wer solche Überlegungen für übertrieben hält, irrt leider; wer hingegen die Tatsache, dass man derartige Überlegungen überhaupt anstellen muss, für absurd hält, liegt durchaus richtig. Denn es wäre zwar hanebüchen, aber deshalb nicht unbedingt überraschend, wenn wegen der Wandschmiererei am Institut ermittelt würde. Für viele Kurd:innen – und Nicht-Kurd:innen – in Deutschland, ob politisch aktiv oder nicht, ist eine Konfrontation mit entsprechenden polizeilichen und im Zweifel auch gerichtlichen Konsequenzen schlicht Teil ihres Alltags. Der vorliegende Band legt davon Zeugnis ab. Denn er dokumentiert die Kriminalisierung kurdischen Lebens – so allgemein und weitreichend muss man dies ausdrücken – in dem Land, in dem die größte kurdische Community außerhalb Kurdistans ihren Lebensmittelpunkt hat.

Warum kennt man als durchschnittliche:r Deutsche:r überhaupt die Gesichtszüge Öcalans? Warum dürfte das Kürzel »PKK« den allermeisten Bürger:innen dieses Landes ein Begriff sein? Und warum dürften sie alle mit diesem Ausdruck unmittelbar einen zweiten assoziieren – nämlich jenen der »Terrororganisation«? Wohl kaum, weil der Mann und die Partei objektiv die äußere oder innere Sicherheit Deutschlands gefährden würden; und genauso wenig, weil interessierte Zeitgenoss:innen hierzulande sich besonders für die Person des ursprünglich zum Tode verurteilten und nunmehr seit einem Vierteljahrhundert in Haft sitzenden Öcalan oder für die PKK sowie ihre Nachfolge- und Schwesterorganisationen interessieren würden – sondern weil das »Terrorismus«-Framing sich, wie in anderen Fällen auch, tief in den politischen Wissenshaushalt und die öffentlichen Diskurse der Bundesrepublik eingeschrieben hat. Kurd:innen in Deutschland – Schätzungen zufolge bis zu 1,5 Millionen Menschen – müssen damit leben, als »extrem« oder »radikal« kategorisiert, als »gewaltbereit« und »kriminell« etikettiert zu werden. Wer bei Google »Kurden in Deutschland« eingibt, erhält als erste erweiterte Suchoption – der Algorithmus irrt nie – »Kurden in Deutschland Kriminalität«.

Warum aber ist all dies nicht nur politisch, sondern auch soziologisch bemerkenswert? Weil die Kriminalisierung kurdischen Aktivismus – beziehungsweise was die Behörden und der Staatsschutz dafür halten – stellvertretend steht für die Grenzen der Demokratie. Was Kurd:innen in Deutschland erleben, das erfahren auch Antifaschist:innen oder, ganz aktuell, »radikale Klimaschützer:innen«. Die als »Graue Wölfe« bekannten türkischen Rechtsextremist:innen sind hierzulande weitaus zahlreicher als PKK-Aktivist:innen, aber nicht verboten, sondern genießen sogar teils hochrangige Unterstützung; in Sachsen wird, ungeachtet der Veralltäglichung faschistischen Gedankenguts und neonazistischer Organisationstätigkeit in diesem Bundesland, aus der rechten Mitte immer wieder die »extreme Linke« als größte Gefährdung der Demokratie imaginiert; und nicht nur der bayerische Verfassungsschutz versucht die »Letzte Generation«, ob ihrer vereinzelten Störung (beziehungsweise »Gefährdung«) des Autoverkehrs, in die Nähe einer nicht nur kriminellen, sondern terroristischen Vereinigung zu rücken.

Die Liste der »irgendwie als links« definierten politischen Umtriebe, denen man in Deutschland mit einer sich zwischen Kriminalisierung und Repression bewegenden Intervention begegnet, ließe sich fortsetzen. Was den Fall des staatlichen Umgangs mit dem kurdischen Aktivismus besonders – und besonders zweifelhaft – macht, ist die Tatsache, dass hier das Handeln des deutschen Staats in Übereinkunft und im (nicht immer nur stillen) Einvernehmen mit dem türkischen Staat erfolgt; einem Staat, der unverkennbar autokratische Züge trägt, in dem gerade gegenüber der kurdischen Bevölkerung seit Jahrzehnten Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung stehen – den die Bundesrepublik (und die gesamte Europäische Union) aber nicht zuletzt im Interesse ihrer brutalen Abschottungspolitik gegen Migrant:innen braucht. Hier treffen gewissermaßen verschiedene Grenzen der Demokratie aufeinander; und greifen das Verbot politischer Betätigung im Inneren und die (delegierte) Militarisierung des Grenzregimes ineinander. Auch darauf weist der vorliegende Band hin.

Wir erleben derzeit – einige Beispiele dafür wurden schon genannt – eine Zunahme gezielter Repression gegenüber politischen und sozialen Bewegungen, die den öffentlichen Konsens einer sich selbst als liberal-demokratisch verstehenden Gesellschaft »von links« stören. Die »repressive Toleranz«, die der Philosoph und Soziologe Herbert Marcuse in der studierendenbewegten Zeit der 1960er-Jahre konstatierte und kritisierte, hat sich in eine repressive Intoleranz verwandelt. Dieser gegenüber »den Anfängen zu wehren«, ist es schon lange zu spät. Was aber nicht heißt, von der Gegenbewegung abzulassen – ganz im Gegenteil: Wer der Demokratie einen Dienst erweisen will, sollte deren real existierende Grenzen thematisieren, ehe es tatsächlich zu spät ist.

Ihr Stefan Lessenich

Stephan Lessenich ist Direktor des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main und arbeitet als Soziologe zu Kritischer Theorie der Gesellschaft und Fragen sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Transformation.